Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 15

Artikel: Krieg und Kapitalismus
Autor: Meth, Jakob
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335139

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

24. JAHRGANG - NOVEMBER 1945 - HEFT 15

Krieg und Kapitalismus

von Jakob Meth

Wenn von Kriegsursachen die Rede ist, wird oft betont, daß nicht nur ökonomische Triebkräfte, sondern auch nationale Gegensätze, Machtstreben, psychologische Rückfälle in die Zeit der Barbarei und dergleichen als Kriegsursachen wirken. Aber selbst bürgerliche Oekonomen, wie etwa Lionel Robbins in seinem Buch «The economic Causes of War», einem Buch, das gegen den Marxismus gerichtet ist, gibt zu, daß alle Motive und Vorwände zum Krieg in unserer Zeit auf ökonomische Ursachen zurückzuführen sind. Sein Buch widerlegt eigentlich nur jene sozialistischen Autoren, die das Finanzkapital als Kriegsursache bezeichnen. Er gibt zu, daß Finanzkreise, die am Kapitalexport interessiert waren, in vielen Fällen Druck auf ihre Regierungen ausgeübt haben, in der Absicht, Krieg herbeizuführen.

«Die Geschichte der Diplomatie in den letzten sechzig Jahren weist viele Fälle auf, da Regierungen zum Vorteil von solchen Kapitalisten eingeschritten sind, die in fremden Ländern Kapital investiert hatten und eine Anzahl Fälle, da solcher Druck zu schweren diplomatischen Differenzen und militärischen Aktionen geführt hat.»

Aber in manchen anderen Fällen sind, nach Robbins, die Interessen des Finanzkapitals nur zum Vorwand gebraucht worden, um kriegerische Verwicklungen herbeizuführen. Nicht das Finanzkapital habe in diesen Fällen den Krieg gewollt, sondern die Regierungen und Diplomaten.

Für die Auffassung, daß den Kriegen ökonomische Ursachen zugrunde liegen, ist es jedoch gleichgültig, ob die ökonomische Expansionspolitik, die zum Krieg führt, im Ministerium oder im Bankkontor gemacht wird. Wichtig ist nur, daß es sich um ökonomische Expansionspolitik handelt. Die materialistische Geschichtsauffassung setzt nicht einmal bewußtes Handeln oder bewußte Kriegsabsicht bei den agierenden Personen voraus. Der Finanzmann, der einem Flottenverein ein Haus oder Geld schenkt, muß sich dabei dessen nicht bewußt sein, daß er den Krieg in seinem Privatinteresse vorbereiten hilft. Er denkt gar nicht an Krieg. Aber auf Grund seiner Stellung zur Gesamtheit ist ihm die Förderung des Militarismus sympathischer als jeder andere Zweck, für den er Geld schenken könnte. Auch wenn eine Regierung das Finanzkapital bevor-

mundet und gegen den Willen der leitenden Bankmänner private Investitionen im Ausland erzwingt, betreibt sie ökonomische Expansion, ist sie das ausführende Organ von Kapitalinteressen, sogar dann, wenn sie diese Interessen schlecht vertritt, weil der Krieg eben oft ein schlechtes Geschäft ist.

Kapitalexport nach schwachen, unentwickelten Ländern ist die kapitalistische Form, ein anderes Land tributpflichtig zu machen. Man muß in diesem Fall damit rechnen, daß dieses Land früher oder später versuchen wird, sich der Tributpflicht zu entziehen, was immer schwere Konflikte und Kriegsgefahr herbeiführt. Kapitalexport nach wirtschaftlich gut entwickelten Ländern ist eine Sicherheitsanlage für den Kriegsfall. England hätte trotz seines früheren Reichtums, ohne seine Guthaben in den USA die ersten Jahre des Krieges wirtschaftlich nicht durchhalten können. Aber in beiden Fällen ist es wirtschaftliche Expansion. In beiden Fällen handelt es sich um Profitinteressen.

Auch die Tatsache, daß auch das Industriekapital zu diplomatischen Differenzen und zu Kriegen Anlaß gibt, wird zugegeben. In einer Reihe von Fällen kann nachgewiesen werden, daß Rüstungsindustrielle ihre Regierungen zum Krieg gedrängt haben. Noch öfter ist der Warenexport Anlaß zu diplomatischen Ränken und zu Verschärfungen der außenpolitischen Gegensätze. Knapp vor Ausbruch des Krieges wurden in London die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen, die zwischen England und Deutschland monatelang geführt wurden, um den gegenseitigen Preisunterbietungen deutscher und englischer Exporteure ein Ende zu machen. Die Veröffentlichung der Protokolle dieser Verhandlungen könnte über einen Teil der ökonomischen Ursachen des zweiten Weltkrieges Aufschluß geben. Über den andern Teil geben die vielen Millionen Aufschluß, die Hitler nicht nur von deutschen Großkapitalisten, sondern auch von englischen und amerikanischen erhalten hat. Die Herren Detterding, Glean, Rockefeller jr. und die Direktoren der Federal Reserve Banks der USA wollten nicht nur Hitlers «Revolution» in Deutschland, sie wußten auch aus seinem Buch, daß Hitlers Sieg über die Demokratie den Krieg Deutschlands gegen Rußland bringen muß. Und wie sie sich oft Revolutionen in mittel- und südamerikanischen Ländern etwas kosten lassen, haben die amerikanischen Finanzleute, nach der Aussage eines beteiligten Zeugen, des Bankiers Sidney Warburg, 32 Millionen Dollar Adolf Hitler zur Verfügung gestellt zu einer Zeit, als er bereits Tausende von Sozialisten und Pazifisten ermorden ließ. Der Ölkönig Detterding ist sogar nach Deutschland übergesiedelt, um mit seinen Millionen Hitler bei der Aufrüstung zur Hand zu sein.

Die kapitalistische Exportpolitik ist ein ununterbrochener Anlaß zu außenpolitischen Gegensätzen. Auf die Regierungen wird ständig Druck ausgeübt, um sie zu veranlassen, den Export mit staatlichen Mitteln zu fördern und gleichzeitig den Import zu unterbinden. Dadurch daß der Staat seinen Konsularapparat, einen wesentlichen Teil seiner Ministerien und einen wesentlichen Teil seines Legationspersonals in den Dienst des Außenhandels stellt und dadurch, daß diese Beamten mit den Repräsentanten des Kapitals zusammenarbeiten müssen, ergibt es sich automatisch,

daß die staatliche Macht hinter Profitinteressen gestellt wird. Ob es sich dabei um Finanz- oder um Industriekapital handelt oder um Rohstoffinteressen; die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist immer Expansion, und das Ziel dieser Entwicklung ist immer das Monopol. Da es gewöhnlich in einem Lande nur Wenige sind, welche das Verfügungsrecht über das Kapital ausüben, dürfte es schwer sein, Finanzkapital, Industriekapital und Monopolkapital voneinander abzugrenzen. Der Nachweis, daß nicht das Finanzkapital allein, sondern auch andere kapitalistische Interessen als Kriegsursachen wirken, ist also nicht wesentlich.

Nun wird aber oft geltend gemacht, daß es sich bei den unter dem Begriff Industriekapital zusammengefaßten Konfliktsursachen nicht nur um Profitinteressen, sondern auch um nationale Interessen handelt, oder soweit nur einzelne Branchen oder Betriebe in Betracht kommen, um Interessen von Gruppen, die sowohl Unternehmer als auch Arbeiter umfassen. Hiermit wird ein ernstes Problem der Arbeiterbewegung berührt. Es kommt oft vor, daß Unternehmer, die für ihre Exportinteressen auf die Regierung einen Druck ausüben wollen, dies nicht selbst tun, sondern eine Delegation von Arbeitern in dieser Sache zur Regierung schicken. Man hat auch schon in Unternehmerzeitschriften gelesen, daß es zweckmäßiger sei, die Interessen der Industrie im Parlament von Arbeitern vertreten zu lassen, als Unternehmer in das Parlament zu wählen. Diese Erscheinung beweist aber nicht, daß ein gemeinsames Interesse von Arbeitern und Unternehmern vorliegt. Innerhalb der kapitalistischen Ordnung können die Arbeiter nur durch Kampfmaßnahmen verhindern, daß der Abstand zwischen ihrer Lebenshaltung und der steigenden Produktionskraft immer größer wird. Diese Aktionen sind vor allem Aufgabe der Gewerkschaften. Der tägliche Kleinkampf dieser Verteidigung kann nur auf der Grundlage der kapitalistischen Ordnung geführt werden, weil eben keine andere Grundlage vorhanden ist. Wenn Arbeiter oder ihre Vertreter für staatliche Exportförderung oder für Zollschutz eintreten, tun sie dies in der Absicht, die Arbeitsgelegenheiten zu sichern oder zu vermehren, weil nur bei ausreichendem Geschäftsgang die Lohn- und Arbeitsbedingungen verteidigt werden können. Diese «nationale» Industriepolitik ist jedoch eine zweischneidige Waffe. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird immer auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Jede Aktion in dieser Richtung kann für die Arbeiter eines Landes nur vorübergehend Vorteile bringen. Im Interesse der Arbeiter liegt es, in erster Linie den Inlandmarkt mit billigen Waren zu versorgen. Im Interesse der Arbeiter liegt es, alles zu vermeiden, was die internationalen Spannungen verschärfen könnte. Solange aber die Arbeiter nicht über die Planung der Produktion mitbestimmen können, haben sie keine andere Wahl, als die Industriepolitik mitzumachen, die ihnen wenigstens auf kurze Sicht Aussicht bietet, ein Herabsinken ihres Lebensstandards zu verhindern. Es liegt hier nicht ein gemeinsames Interesse der Arbeiter und Unternehmer vor, sondern eine notwendige Verteidigungsmaßnahme, die den Interessen der Arbeiter, auf längere Sicht gesehen, entschieden widerspricht. Die kapitalistische Industriepolitik führt, auf längere Sicht gesehen, immer zu Krise und Krieg, also zu Opfern, die viel größer sind

als alle Vorteile sein können, die eine vorübergehende bessere Beschäftigungsmöglichkeit durch «Industriepolitik» den Arbeitern bieten kann.

Wenn erst die Arbeiter nicht mehr gezwungen sind, im Rahmen der kapitalistischen Ordnung ihre Lebensmöglichkeit zu verteidigen, werden sie auch nicht mehr eine Industriepolitik betreiben, die den Profitinteressen dient, sondern eine Industriepolitik im Interesse der Verbraucher, zu denen sie das größte Kontingent stellen.

Damit ist eigentlich schon gesagt, daß die sogenannten nationalen Gegensätze mit den Gegensätzen identisch sind, die das kapitalistische Expansionsstreben hervorruft. Diese Identität wird auch von der Philosophie bestätigt. Im philosophischen Wörterbuch von Professor Heinrich Schmidt ist dies wie folgt formuliert:

«Nationalismus, der Egoismus der Nationen, wird zum Chauvinismus, wenn er andern Nationen gegenüber überheblich, anmaßend, kriegerisch auftritt; zum Imperialismus, wenn er nach Erweiterung seines Machtbereiches über seine Grenzen hinaus strebt.»

Die Erweiterung seines Machtbereiches über seine Grenzen hinaus ist dem Kapitalismus ein innewohnendes Gesetz. Es gibt keinen Kapitalismus ohne Expansion. Der Nationalismus in der Politik steht immer im Dienst ökonomischer Interessen. Der Nationalismus ist immer exklusiv. Er schließt immer die andern aus. In der kapitalistischen Ordnung gibt es vom Nationalismus zum Imperialismus nur graduelle Unterschiede, aber keine prinzipiellen. Die nationalen Empfindungen sind an sich nicht aggressiv. Sie werden es erst durch Unterdrückung oder durch Propaganda. In der Sowjetunion leben 186 verschiedene Nationen und Stämme nebeneinander, ohne nationalen Krieg. Aber das kapitalistische Europa ist dauernd von diplomatischen Verwicklungen erschüttert, die angeblich aus nationalen Gegensätzen entstehen. Die Arbeiterschaft hat allen Grund mißtrauisch zu sein, auch gegen jede scheinbar harmlose nationale Bewegung. Jeder Nationalismus kann im gegebenen Augenblick gegen andere Nationen in Aktion gesetzt werden. Der Nationalismus ist nicht Kriegsursache, sondern nur ein Werkzeug der Kriegführung, eines der vielen Hilfsmittel, die man in Bereitschaft haben muß, um überhaupt Krieg führen zu können. Man kann nicht Krieg führen mit der Begründung, daß die Industrie Expansion braucht. Um ein Volk in den Krieg zu führen, braucht man die Zwangsgesetze des Militarismus, eine nationale Bewegung, die Presse, das Radio und vor allem die Kirche. Die Kirche ist immer bereit, die nationalen Kriege zu segnen. Das hat sowohl die katholische wie die evangelische Kirche auch in Hitlerdeutschland getan. Die Kirche in Deutschland hat nicht gegen Hitlers Krieg opponiert, sondern gegen die Bedrohung ihrer eigenen Existenz.

Über das Machtstreben als Kriegsursache sagt der englische Ökonom R. G. Hawtrey (The Economic Aspects of Sovereignty):

«Ein Unterschied zwischen ökonomischen und politischen Kriegsursachen ist nicht vorhanden. Jeder Konflikt gilt der Macht, und die Macht beruht auf Besitz.»

Es gibt nur einen Faktor, der für den Frieden noch gefährlicher ist, als die kapitalistische Expansion; das ist die Furcht der Wenigen, die an

den Kommandostellen des in Banken oder Trusts zusammengefaßten Kapitals stehen, vor der Gefahr, ihre ökonomische und damit auch ihre politische Macht zu verlieren. Die Führer der Wirtschaft führen immer Krieg. Sie führen ihn in den verschiedensten Formen. Mit diplomatischen Ränken und mit Bestechungen, mit Dumping und mit Drohungen. Sie führen ständig Krieg mit der Anwendung ihrer sehr weitreichenden «friedlichen und legalen» Machtmittel. Aber wenn sie vor der Gefahr stehen, ihre ökonomische und politische Macht zu verlieren, zögern sie nicht, auch die ultima ratio anzuwenden. Sie sind Demokraten, aber erst nachdem ein Franco oder ein Hitler «Ordnung» gemacht hat. Sie sind für den Frieden, aber zuerst muß die «Gefahr» der Konkurrenz und der Sozialisierung beseitigt sein. Sie werden nicht zögern, einem Hitler, ganz gleich welcher Nation, wieder Millionen zur Verfügung zu stellen, wenn er ihnen auch nur die geringste Aussicht bietet, daß er die Sozialisierungsgefahr abwehren kann.

Im zweiten Weltkrieg ist eine Bande von Verbrechern niedrigster Art zu unerhörter Macht emporgestiegen. Aber die Behauptung, daß die Machtgier dieser Leute eine Kriegsursache gewesen ist, kann nicht ernst genommen werden. Machtgierige Elemente vom Typus jener «Führer» gibt es in allen Ländern. Daß sie in Italien und Deutschland zur Macht kommen konnten, lag nicht an ihrer Machtgier, sondern an unerträglichen ökonomischen Verhältnissen, die nur gebessert werden konnten durch sozialistische Maßnahmen. Dieser «Gefahr» ist die Revolution von rechts zuvorgekommen. Übrigens hat ja Hitler selbst die ökonomischen Ziele dieser Revolution in seinem Buch dargelegt und damit dem Argument von der Machtgier als Kriegsursache jede Bedeutung genommen.

Die Behauptung, daß irgendeine atavistische Veranlagung der Menschen, ein zeitweiliger Rückfall in die Barbarei, Kriegsursache ist, kann nicht im mindesten durch Beweise gestützt werden. Mit viel mehr Recht kann man behaupten, daß der Lebenstrieb in allen Menschen sie dazu bringt, den Frieden zu wollen. Wohl haben die Erfahrungen dieses Krieges gezeigt, daß man Menschen zur Bestialität erziehen kann. Diese Wirkung ist aber den Methoden zuzuschreiben, die in Deutschland für diesen Zweck ausgebildet und angewendet wurden. Die traurige Erfahrung dieses Krieges ist, daß man Massen korrumpieren kann, daß es möglich ist, Hunderttausende Verbrecher und Sadisten zu erziehen, und daß der Krieg Roheit, Haß und Verbrechen erzeugt. Diese Erfahrung ist wichtig. Man wird sie nicht vergessen dürfen, um die Menschheit künftig vor dieser Gefahr zu schützen. Aber nicht die mindeste Erfahrung kann als Beweis dafür dienen, daß irgendein mystischer Rückschlag in der menschlichen Psyche als Kriegsursache betrachtet werden kann.

Alle die in dem Gewinninteresse eine unentbehrliche Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung sehen, suchen durch komplizierte Theorien über die Tatsache hinwegzukommen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft das Expansionsbedürfnis des Kapitals allen Kriegsursachen zugrunde liegt. Darum sind sie auch besonders bemüht, die Krisen als Erscheinungen darzustellen, die durch finanztechnische Kunststücke beseitigt werden können. Aber Krise, Krieg und Kapitalismus sind untrennbar

miteinander verbunden. Schon Goethe sagte: «Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen.» Zu Goethes Zeit war die Piraterie noch so legal wie in unserer Zeit die staatliche Exportförderung. Der Zusammenhang von Krise und Krieg berechtigt zur Behauptung, daß in der kapitalistischen Welt ein großer Krieg nur in Zeiten der Krise ausbrechen kann. Auch der zweite Weltkrieg ist am Beginn einer Depression ausgebrochen. Zeiten der Konjunktur bieten Möglichkeiten für die kapitalistische Expansion. Wenn die Expansionsinteressen kollidieren, gibt es in der Konjunktur Ausweichmöglichkeiten. Aber in der Krise werden die Regierungen bedrängt, einen Ausweg aus der für alle Kreise der Bevölkerung unerträglich gewordenen Situation zu suchen. Mit kapitalistischen Methoden kann dieser Ausweg im Inland nicht gefunden werden. Es ist möglich, durch Reservearbeiten und Sozialpolitik die Krise in einzelnen Ländern zu mildern, aber in der kapitalistischen Ordnung ist es nicht möglich, Krisen zu verhindern. Die Not der körperlich Arbeitenden und des Mittelstandes, die Furcht des Großkapitals vor der durch Hunger radikalisierten Masse, das brachliegende Kapital und die brachliegende Produktionskapazität schaffen politische Unruhe und außenpolitische Spannungen. In Zeiten der Krise ist die ganze Welt ein Pulverfaß, das durch einen scheinbar unbedeutenden Anlaß zur Explosion kommen kann. Wenn es der Welt nicht gelingt, Krisen zu verhindern, muß man damit rechnen, daß, wenn auch nicht schon in der nächsten Krise, so doch in der zweitnächsten, ein neuer Weltkrieg ausbrechen wird. Da aber Krisen naturnotwendige Folgen der Ordnung sind, in der die Produktion vom Gewinninteresse geleitet wird, bedeutet dies, daß Krise und Krieg nur verhindert werden können, wenn das Gewinninteresse von den Kommandostellen der Produktion entfernt wird.

Die Frage nach der Ursache der Kriege ist darum von großer Bedeutung, weil von ihr die Erkenntnis abhängt, ob Kriege zu vermeiden sind oder ob es immer Kriege geben wird. Wenn als Kriegsursache Faktoren angenommen werden, die nach dem heutigen Stand menschlichen Wissens, nicht zu ändern sind, wie die Ehr- und Machtgier einzelner Menschen, nationalistische Gegensätze oder psychologische Rückfälle der Menschen in die Zeit der Barbarei, so bedeutet dies, daß Kriege unvermeidlich sind. Wenn aber die Ursache darin liegt, daß die Organisation der menschlichen Gemeinschaft nicht den technischen Möglichkeiten unserer Zeit entspricht, so liegt es in der Macht der Menschen, diese Organisation zu ändern und die Produktion so zu lenken, wie sie am besten den Bedürfnissen der Gesamtheit dient. Daraus ergibt es sich, warum alle, die an den für unsere Zeit nicht mehr geeigneten Gewinninteressen in der Produktion festhalten, nach Kriegsursachen suchen, deren Beseitigung nicht möglich oder sehr unwahrscheinlich ist, und warum die sozialistische Literatur immer auf ökonomische Grundursachen der Kriege hingewiesen hat, die beseitigt werden können.